

Land genehmigt 112 Millionen Euro für Rosensteintunnel

BAD CANNSTATT: Am kommenden Freitag protestiert Bürgerinitiative auf der B 10



Ja zum Tunnel: Ministerin Tanja Gönner.

Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner hat gestern grünes Licht für die Förderung des Rosensteintunnels und den Umbau des Leuzeknotens gegeben. Das 194 Millionen Euro teure Großprojekt wurde in das Landesförderprogramm aufgenommen und wird bis 2017 mit 112 Millionen Euro bezuschusst. Am Donnerstag tagt der Bezirksbeirat und einen Tag später findet ein Protestaktion der Tunnelgegner auf der B 10 statt.

Von Uli Nagel

„Die Investitionen tragen zur Entlastung der sehr stauanfälligen B 10 im Bereich der Wilhelma bei und sollen die Realisierung dieser wichtigen Straßenbaumaßnahme ermöglichen“, so Tanja Gönner. Das Land gibt damit auch grünes Licht, für die bauvorbereitenden Maßnahmen, mit denen in der Neckartalstraße noch in diesem Sommer begonnen werden soll und die rund ein Jahr dauern werden. Allein dieses Maßnahmenpaket kostet 8,5 Millionen Euro, wobei der städtische Anteil 4,62 Millionen Euro beträgt. Den Rest bezahlen die Stuttgarter Straßenbahnen AG, die Deutsche Telekom AG sowie die EnBW.

„Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für einen besseren Verkehrsfluss und für Wachstum und Beschäftigung“, betonte die Umwelt- und Verkehrsministerin. Und dazu bedarf es einer ausreichenden und verlässlichen Finanzierung. Gleichzeitig würden mit der durch die Förderung des Rosensteintunnels ausgelösten Investitionen Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen.

Was für Gönner zudem wichtig ist: „Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist ein bedeutender Standortfaktor für eine wirtschaftsstarke Region wie Stuttgart“. Auf die anhaltende Kritik an dem Großprojekte meinte Gönner: „Eine verkehrliche Entlastung kann auch erzielt werden, wenn noch mehr Menschen auf dem ÖPNV umsteigen. Es gibt im Stadtgebiet und in der gesamten Region ein dichtes Netz im öffentlichen Nahverkehr mit attraktiven Angeboten.“

Im Juli soll der Gemeinderat über die Auslegung des Bebauungsplans abstimmen, zuvor werden jedoch die jeweiligen Bezirksbeiräte gehört. Und siehe da, trotz kritischer Stimmen - insbesondere aus Zuffenhausen - stimmte in einer gemeinsamen Sitzung die Bezirksbeiräte Nord, Feuerbach und Zuffenhausen für die Auslegung. Am kommenden Donnerstag gibt es die gemeinsame Sitzung der Bürgergremien aus Bad Cannstatt und Stuttgart-Ost im Verwaltungsgebäude am Marktplatz. Und auf Baubürgermeister Matthias Hahn (SPD), einem bekennenden Befürworter des Projekts, werden sicher viel Kritik und hitzige Diskussionen zukommen. Bekanntlich stimmen die Cannstatter mehrheitlich für das Projekt, während der Nachbarbezirk es harsch kritisiert. Mit ein Grund: Den Bürgern fehlen Rückbaumaßnahmen.

Rund 194 Millionen Euro kostet der Bau des Rosensteintunnels, allein die vorbereitenden Maßnahmen in der Neckartalsstraße, mit denen in den Sommerferien begonnen werden sollen, verschlingen 8,5 Millionen Euro.

Aber nicht nur wegen der hohen Kosten und angesichts der angeschlagenen Haushaltskasse bleibt der Bau der vierspurigen Röhre umstritten. Vor allem die Bürger in Zuffenhausen und Stuttgart-Ost befürchten den Mehrverkehr, der durch eine attraktive „Stadtautobahn“ angelockt wird. Kritiker sprechen von 15 000 bis 20 000 Fahrzeugen täglich.

Deshalb planten die Schutzgemeinschaft Krailenshalde, der Bürgerverein Zuffenhausen, die Initiative Schöneres Zuffenhausen sowie das VhS Team Zuffenhausen 21 am kommenden Freitag, 25. Juni, eine große Demonstration auf der B10/27-Auffahrtsrampe bei der Friedrichswahl. Der Protestmarsch auf der Straße sollte um 16.30 Uhr beginnen, also mitten im Feierabendverkehr und auch noch an einem Freitag, wo eh viele Pendler in Richtung Heimat fahren. Alfons Nastold hatte deshalb einen Vor-Ort-Termin mit der Polizei einberaumt, um das befürchtete Verkehrschaos in Grenzen zu halten. „Die geplante Strecke war zudem viel zu gefährlich“, so Nastold, weshalb man sich mit der Bürgerinitiative auf eine Alternative geeinigt hat. Treffpunkt ist jetzt auf der Grünfläche unterhalb der Rampe. Die Demonstranten dürfen von dort auf der Heilbronner Straße standeinwärts bis zur Borsigstraße und wieder zurück bis zur Grünfläche auf der Fahrbahn protestieren.

Artikel vom 19.06.2010 © Eßlinger Zeitung

|  | 



Aktuelle Nachrichten aus der Region jeden Morgen im Briefkasten.
14 Tage kostenlos die Eßlinger Zeitung testen.